

DER SPIEGEL

DAS DEUTSCHE NACHRICHTEN-MAGAZIN

DEUTSCHLAND

BONN

OSTPOLITIK

Protokolle nach Moskau

Der Händedruck von Erfurt irritierte Freund und Feind.

Obwohl Bundeskanzler Willy Brandt die Verbündeten im Westen und die Opposition im eigenen Land über die wichtigsten Phasen seines Spähtrupps nach Osten jeweils vorher informiert hatte, fanden sich die einen wie die anderen nur schwer in die neuen Realitäten.

Sie sträubten sich, für wahr zu nehmen, was — wider alle Erfahrungen mit der deutschen Nachkriegspolitik — geschehen war: daß sich die Regierungschefs der Bundesrepublik und der DDR zum gemeinsamen Gespräch gefunden, daß beide Seiten der Fortsetzung des innerdeutschen Dialogs zugestimmt hatten, ohne zuvor die Prinzipien ihrer Politik aufzugeben.

Noch ehe Brandt aus Erfurt zurück war, machten sich die konsternierten Christdemokraten mit einem radikalen Angriff auf die Deutschlandpolitik der Regierung Luft. Am Donnerstag vorletzter Woche beschloß der CDU/CSU-Fraktionsvorstand eine scharfe Erklärung, mit der Rainer Barzel am nächsten Tag im Parlament letzte Gemeinsamkeiten der Deutschlandpolitik aufkündigte.

Als Pressestaatssekretär Conrad Ahlers, Mitglied von Brandts Erfurt-Delegation, kurz nach seiner Rückkehr aus der DDR und noch vor der Parlamentsdebatte den Oppositionsführer über die Gespräche mit Stoph unterrichtete, entschuldigte sich der Christdemokrat: „Sie müssen verstehen, daß ich nachher eine recht scharfe Erklärung abgeben werde. Wir haben es im Fraktionsvorstand so beschlossen.“

Auf einen außenpolitischen Konflikt vor der nordrhein-westfälischen Landtagswahl programmiert, beklagte Barzel, er sei nicht genügend informiert, konsultiert und an der Entscheidung beteiligt gewesen. Kurzum, die Regierung betreibe „Geheimniskrämerei“.

Barzels Klage erleichterte dem Kanzler den Gegenzug. Brandt ordnete an, die Oppositionspolitiker „adäquat“ zu unterrichten und wenigstens soweit zu informieren wie die Mitglieder des

Kabinetts. Der Kanzler schickte nicht nur Ahlers, sondern — am Mittwoch letzter Woche — auch die Staatssekretäre Egon Bahr und Georg Ferdinand Duckwitz mit detaillierten Berichten über ihre Verhandlungen in Moskau und Warschau zu Barzel.

Mehr als die Angriffe der Christdemokraten beschäftigt Brandt die Nervosität bei den westlichen Alliierten. So berichtete AA-Ministerialdirektor Dr. Paul Frank nach einem Routinebesuch am Quai d'Orsay, selbst enge Freunde im französischen Außenministerium beobachteten argwöhnisch die neue deutsche Ostpolitik. Denn seit Bonn mit Moskau, Warschau und Ost-Berlin spricht, haben die Franzosen die Führerschaft im Dialog mit Osteuropa verloren und fühlen sich düpiert.

Auch in den USA registrierten die Bonner unerwünschte Reaktionen auf ihre lebhafteste Ostpolitik. Zwar betrachtet die US-Regierung Brandts Ost-Mission als gewünschte Ergänzung ihrer Spannungsgespräche mit der Sowjet-Union. Auch konnte der deutsche Washington-Botschafter Rolf Pauls seinen Außenminister telegraphisch beruhigen, US-Präsident Nixon sei fest entschlossen, zumindest bis zum Ablauf des deutsch-amerikanischen Truppenvertrags am 30. Juli

nächsten Jahres keine Truppen aus Europa abzuziehen. Dennoch mehren sich die Stimmen im US-Senat, die einen Abzug der US-Truppen aus Europa mit den erfolgreichen Entspannungsbündnissen der Bonner Regierung begründen.

Um Mißtrauen und Mißverständnisse abzubauen, entschloß sich Brandt, auch die Verbündeten im Westen über den jüngsten Stand der Bonner Ostpolitik detailliert zu informieren. Staatssekretär Duckwitz unterrichtete den Nato-Rat in Brüssel, Staatssekretär Bahr die Botschafter der drei Westmächte in Bonn. Der Kanzler befehlt sich vor, bei seinem Amerika-Besuch vom 5. bis 12. April dem US-Präsidenten Nixon selber von seinem Erfurter Gespräch zu berichten.

Bei seinen Vorbereitungsgesprächen in Washington bat Botschafter Pauls im Auftrage seines Kanzlers den US-Protokollchef Emil („Bus“) Mosbacher jr., er möge doch arrangieren, daß möglichst viele Kongreßabgeordnete zum Dinner mit Präsident Nixon geladen würden. Willy Brandt wolle seine Ostpolitik den amerikanischen Parlamentariern selber erläutern.

Die an den innerdeutschen Gesprächen am meisten interessierten Russen waren von Brandt als erste bedient worden. Zwei Tage nach Erfurt und



Erfurt-Heimkehrer Brandt*: Nervosität im Westen

* Bei der Rückfahrt auf dem Bahnhof in Bebra.

noch bevor ein DDR-Diplomat ange-
reist war, berichtete Egon Bahr in
Moskau dem sowjetischen Außenmi-
nister Andrej Gromyko über den
deutschen Dialog. Bahr hatte eigens
die stenographischen Protokolle der
Verhandlungen von Erfurt mit nach
Moskau gebracht.

HANDSCHELLEN-GESETZ

Leichnam beiseite

Brandt-Gehilfe Horst Ehmke riet
seinem Chef zur Notlüge: „Wenn
Stoph darauf kommt, reicht es dann
nicht einfach, wenn wir ihm erklären,
daß das Gesetz aus der Welt geschafft
wird und die parlamentarischen Vor-
bereitungen schon laufen?“

DDR-Ministerpräsident Willi Stoph
kam darauf. Nach Tisch bei einer Tasse
Kaffee im „Erfurter Hof“ am Donner-
stag letzter Woche sprachen die beiden
Regierungschefs über eine innerdeut-
sche Peinlichkeit, die schon einmal der
Ostseite als Vorwand für die Absage
eines deutschen Dialogs gedient hatte:
„das unglückselige Freistellungsge-
setz“ (Bundesjustizminister Gerhard
Jahn).

Im Juni 1966, anlässlich des geplan-
ten Redneraustausches zwischen SPD
und SED, hatte der Bundestag ein
„Gesetz über befristete Freistellung
von der deutschen Gerichtsbarkeit“ be-
schlossen. Die Novelle sollte DDR-
Politiker, gegen die in der Bundesre-
publik Strafanträge vorliegen, vor dem
Zugriff westdeutscher Staatsanwälte
schützen. SPD-Sprecher Gerhard Jahn
damals im Bundestag: „Die Fraktion
der SPD begrüßt das Zustandekommen
des Gesetzes.“ Das Gesetz schaffe „eine
Voraussetzung im freien Teil Deutsch-
lands dafür, daß der offene Austausch
von Argumenten in ganz Deutschland
möglich wird.“

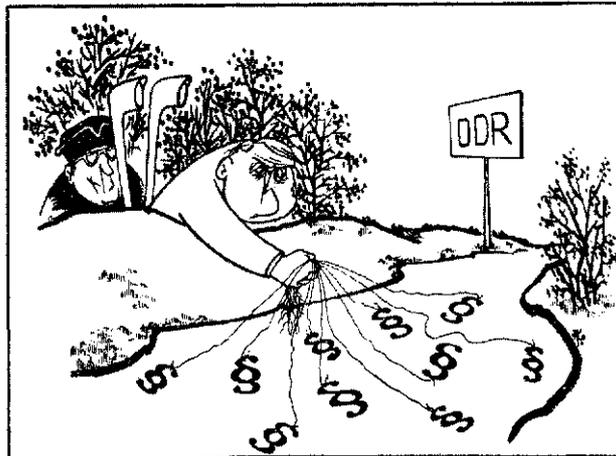
Jahn irrte: Die SED-Führer sahen in
dem „Handschellengesetz“ einen „dis-
kriminierenden Akt“ und brachen die
Kontakte zur SPD ab. Die DDR-Nach-
richten-Agentur ADN konstatierte, die
Gesetzesmacher hätten „offensichtlich
nicht mehr alle Tassen im Schrank“,
und SED-Funktionäre entrüsteten
sich, „freies Geleite“ werde gemeinhin
nur Verbrechern zugestanden.

Neuen Schwierigkeiten mit dem Ge-
setz versuchte Brandt schon in Erfurt
vorzubeugen. Der Kanzler zu Stoph:
„Für mich steht fest, daß wir uns
wiedersehen, und wir werden alle
Voraussetzungen dafür schaffen.“
Dazu gehöre vor allem das „Hand-
schellengesetz“, dessen Beseitigung
von der Bundesregierung schon einge-
leitet sei. Stoph war zufrieden: „Ja, das
wäre gut.“

Die Regierungschefs täuschten sich
über die juristische Lage. Bedürfte es
noch des „Handschellengesetzes“, um
westreisende DDR-Bürger vor Ver-
haftung zu bewahren, dann müßte es
auch auf DDR-Ministerpräsident
Stoph angewendet werden. Keinesfalls
könnte — wie von Brandt äußersten-
falls einkalkuliert — die Bonner
Sicherungsgruppe des Bundeskrimi-
nalamts den DDR-Politiker vor west-
deutschen Staatsanwälten schützen.

Aber — was weder Brandt noch
Stoph beim Erfurter Kaffee-Plausch
klar war — schon seit zwei Jahren
bedarf es des „Handschellengesetzes“
nicht mehr. Damals hatte die Große
Koalition im Hinblick auf mögliche
innerdeutsche Kontakte in einer No-
velle zur Strafprozeßordnung das Op-
portunitätsprinzip, das bisher nur bei
der Verfolgung im Ausland begange-
ner Straftaten galt, durch Umformu-
lierung auf alle Delikte ausgedehnt,
die „außerhalb des räumlichen Gel-
tungsbereiches dieses Gesetzes“ be-
gangen worden sind. Damit können
DDR-Täter seit dem 1. August 1968 auf
Weisung des zuständigen Landes-Ju-
stizministers außer Verfolgung gesetzt
werden.

Seither gilt das umstrittene Frei-
stellungs-Gesetz als juristische Leiche.
Jurist Jahn: „Da die andere Seite das
Gesetz als diskriminierend empfindet
und wir es nicht brauchen, können wir
einfach darauf verzichten.“



DDR-Karikatur zum Handschellengesetz (1966): „So, die
Fußangeln sind gelegt, nun können sie kommen!“

Gleichwohl konnte sich das Kabinett
bislang nicht entscheiden, den Lei-
chnam beiseite zu schaffen. FDP-Bun-
desminister Hans-Dietrich Genscher
plädiert aus Gründen der politischen
Opportunität dafür, das Gesetz vor-
läufig nicht anzutasten. Denn, so Gen-
schers Argument, wenn die Bundesre-
gierung sich erst einmal dazu verstehe,
ein von der DDR attackiertes Gesetz zu
kassieren, dann gebe es kein Halten
mehr.

In der Tat hat Ost-Berlin bereits
zehn bundesdeutsche Gesetze namhaft
gemacht, von denen sich die DDR dis-
kriminiert fühlt und die sie geändert
sehen möchte, darunter das Staatsan-
gehörigkeits-, das Paß- und das zweite
Strafrechtsreform-Gesetz. Selbst das
Umsatzsteuer-Gesetz steht, weil es sich
auf „die Grenzen vom 31. Dezember
1937“ bezieht, auf der Ost-Berliner
Beschwerdeliste.

Um dennoch einer nachträglichen
Absage Stophs zu entgehen, will die
Bundesregierung noch vor dem Kasse-
ler Treffen das parlamentarische Ver-
fahren zur Liquidierung des Gesetzes
einleiten. Ob und wann der Bundestag
die toten Paragraphen tatsächlich kas-
siert, bleibt ungewiß.

KABINETT

Bitte zuhören

Der „Kanzler der inneren Refor-
men“ fing bei sich selbst an: Seit
seiner Vereidigung erscheint Morgen-
muffel Willy Brandt täglich um acht
Uhr früh an seinem Schreibtisch im
Palais Schaumburg.

Die Aktion Morgenstund signalisiert
einen Stilwandel im Bonner Füh-
rungszentrum. Denn Brandt, der im
Kabinett der Großen Koalition unter
dem Schönredner Kurt Georg Kiesinger
(Brandt einmal ungehalten: „Ein
Quatschkopf von ungeheuren Aus-
maßen“) gelitten hatte, wollte nicht
länger mit einem Tabaks-Kollegium
nach CDU-Herren-Art regieren.

Der Regierungschef verkleinerte das
Kabinett von 19 auf 15 Minister, stellte
die jüngste Regierungsmannschaft
Nachkriegsdeutschlands zusammen

(Durchschnittsalter 51
Jahre) und sperrte
beamtete Staatsse-
kretäre aus dem Sit-
zungssaal des Palais
Schaumburg aus. Die
neue Arbeitsordnung
sollte die Diskussion
im Kabinett auf ihren
politischen Kern be-
schränken, den Ent-
scheidungsprozeß be-
schleunigen und die
Regierung geschlos-
sener und aktionsfä-
higer machen als frü-
here Ministerrunden.

Konrad Adenauer
hatte seine Minister
durch einsame Be-
schlüsse verwirrt und
damit ihre eigene In-
itiative beschnitten.
Nachfolger Ludwig

Erhard mochte selber keine Entschei-
dung treffen und überließ die Regie-
rungsgeschäfte seinem unsystematisch
arbeitenden Kanzleramtsminister
Westrick, der das Kabinett zu einem
„Herrenklub“ umfunktionieren wollte.
Kurt Georg Kiesinger schließlich ent-
wertete das Kabinett durch die Grün-
dung des „Kreißbronner Kreises“, in
dem die Führer der Koalitionsfraktio-
nen sich zu einer Nebenregierung zu-
sammenfanden.

Der vierte Kanzler, Willy Brandt,
machte das Kabinett erstmals zum
Entscheidungszentrum der Bonner Po-
litik. Durch liberale Lenkung gibt er
den Gelenkten das Gefühl, mitbe-
stimmen zu können.

Zugleich zwingt Brandt durch eigen-
es Vorbild seine Ressortminister zu
Prägnanz und Aktenfleiß. Anders als
Kiesinger, der sich erst während der
Kabinettsitzungen auf die jeweils
nächsten Tagesordnungspunkte vor-
bereitete, ist Brandt stets auf allen
Fachgebieten bis ins einzelne präpa-
riert.

Justizminister Gerhard Jahn: „Der
Vorsitzende sitzt nicht mehr da und